

Zirkular des Bündnis
Marxismus und Tierbefreiung

HAMMEL SITTICH &

DAS ENDE DES ZÜRCHER SCHLACHTHOFS

Konzentration des Fleischkapitals und Stadtaufwertung

DIE BÜCHER »STREICHELN ODER SCHLACHTEN« UND »ANDERS SATT«

Umriss eines grün-sozialdemokratischen Tierrechtsprojekts

»DIE GRÜNEN«

Ein Lehrstück über die Integration in imperialistische Politik

HUMAN LIBERATION – ANIMAL LIBERATION

Gespräch mit dem marxistischen Philosophen Marco Maurizi

Hammel & Sittich ist ein vom Bündnis Marxismus und Tierbefreiung herausgegebenes Zirkular und erscheint in zwangloser Folge online. Darin veröffentlichen wir Analysen, Kommentare und Diskussionsbeiträge verschiedener Art, die wir der politischen Linken, der Tierbefreiungsbewegung sowie allgemein der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung und Diskussion stellen wollen. Mögliche Gastbeiträge sind als solche gekennzeichnet und geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion oder des Bündnis Marxismus und Tierbefreiung wieder.

Für Kritik und Rückmeldungen sind wir über unsere Homepage sowie per Mail erreichbar:

mutb.org | mutb@riseup.net

Inhalt

Das Ende des Zürcher Schlachthofs	3
Konzentration des Fleischkapitals und Stadtaufwertung	
Umrisse eines grün-sozialdemokratischen Tierrechtsprojekts	16
Reviewessay zu den Büchern »Streicheln oder Schlachten« und »Anders satt«	
Ein Lehrstück über die Integration in imperialistische Politik	36
Zu Matthias Rudes kurzer Geschichte der Grünen	
»Wir können nicht die Tiere befreien, wenn wir uns nicht selbst befreien«	42
Ein Gespräch mit Marco Maurizi	

Das Ende des Zürcher Schlachthofs

Konzentration des Fleischkapitals und Stadaufwertung

Der Zürcher Schlachthof, der auf einem großen Areal mitten in einem attraktiven Stadtviertel steht, wird nur noch wenige Jahre existieren. Momentan werden der Grund und Boden des Areals sowie die teils denkmalgeschützten Gebäude, deren Besitzerin die Stadt Zürich ist, an die Betreiberin Schlachtbetrieb Zürich AG (SBZ) und an weitere Firmen, wie zum Beispiel den Fleischverarbeiter Angst AG, vermietet. Doch die Mietverträge laufen Ende 2029 aus, was die Stadt zum Anlass genommen hat, eine neue Nutzungsstrategie für das zentral gelegene Gebiet zu entwickeln. 2019 begann sie einen mehrphasigen Neugestaltungsprozess, in den zunächst die Quartierbevölkerung, lokale Parteien, die Mieter und auch die Öffentlichkeit einbezogen wurden. An dessen Ende wurde 2022 bekannt gegeben, dass die Mietverträge nicht verlängert werden. Damit ist das Aus des Zürcher Schlachthofs besiegelt.

Vom Standpunkt der Tierbefreiung klingt das erst einmal begrüßenswert. Allerdings ist mit dieser Entwicklung keine Verringerung der Schlachtzahlen verbunden. Vielmehr wird damit eine Restrukturierung der kapita-

listischen Fleischindustrie vollzogen, die in Zürich bloß später abläuft als andernorts. Obendrein wird mit dem Verschwinden der Schlachthallen aus der Zürcher Innenstadt die Gentrifizierung der umliegenden Viertel einhergehen. Beim Mitmachprozess hat sich die Politik dafür das Einverständnis verschiedener Interessengruppen eingeholt.

Aus der Zeit gefallen

Auf dem Schlachthofareal in Zürich wird der Tötungsbetrieb eingestellt, weil er an diesem Standort ohnehin ein heute nicht mehr konkurrenzfähiges Überbleibsel aus der Ära staatlich betriebener Schlachthöfe ist. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurden letztere zunehmend von privat betriebenen Anlagen der großen Fleischunternehmen verdrängt.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch wurde in der Schweiz ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts als staatliche Aufgabe verstanden. Um die Qualität der tierischen Produkte zu gewährleisten, schrieb das Gesetz des »Schlachthofzwangs« vor, dass Tiere innerhalb von Städten ausschließlich in staatlichen Einrichtungen getötet und verarbeitet werden durften. Auch Zürich errichtete ein städtisches Schlachthaus, welches aber Anfang des 20. Jahrhunderts, wie andere emissionsreiche Industriebetriebe, an den Stadtrand verbannt wurde. Das Grundstück, auf dem 1909 der neue Schlachthof eröffnet wurde, ist allerdings unterdessen im Zuge der Urbanisierung vom Wachstum der Stadt eingeholt worden.

Dadurch erhielt der Zürcher Schlachthof seinen ungewöhnlichen Standort inmitten eines Wohnviertels.

Anfänglich wurde die Fabrik gemeinsam vom Metzgermeisterverein Zürich (MMV) und der Stadtverwaltung betrieben. 1986 wurde dann die Aktiengesellschaft SBZ gegründet, zu deren Teilhabern der MMV, verschiedene kleinere und mittlere Fleischverarbeitungs- und andere Firmen des Metzgergewerbes sowie die Stadt Zürich gehörten. Im Jahr 1995 fiel der gesetzliche »Schlachthofzwang«, eine vollständige Privatisierung war nun möglich. Die Stadt Zürich verkaufte ihre Anteile und trat fortan nur noch als Vermieterin des Geländes und der Gebäude auf.

Heute ist der Zürcher Schlachthof der fünftgrößte der Schweiz.[1] 250.000 Tiere werden hier jährlich getötet. Anders als die vier vor ihm rangierenden gehört er nicht zu einem der zwei größten Schweizer Fleischunternehmen Bell Food Group AG und Micarna SA.[2] Diese haben ihre Marktmacht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgebaut, indem sie in ihren Fabriken das Schlachten am Fließband einführten, wie es in den USA bereits seit dem 19. Jahrhundert üblich war. Neue Technologien erlaubten eine höhere Automatisierung der Arbeitsschritte und ein höheres Tempo der Verarbei-

Der Zürcher Schlachthof ist der fünftgrößte der Schweiz. 250.000 Tiere werden hier jährlich getötet. Anders als die vier vor ihm rangierenden gehört er nicht zu einem der zwei größten Schweizer Fleischunternehmen Bell Food Group AG und Micarna SA.

tung. Voraussetzung dafür war die Spezialisierung der Anlagen auf eine Tierart (Schweine oder Rinderartige). So konnten die Unternehmen ihre Produktivität entschieden steigern und setzten die staatlichen Schlachthöfe unter Druck. Auch im Zürcher Schlachthof wurden schrittweise Prozesse automatisiert. Trotzdem ist er auch heute noch auf die Tötung und Verarbeitung verschiedener Tierarten ausgerichtet. Laut dem Think Tank W.I.R.E. hat er dadurch nur ein limitiertes Automatisierungspotenzial – eine Steigerung der Produktivität sowie der Kapazität sei schwierig.[3] Zudem haben die großen Fleischunternehmen ihre Wertschöpfungsketten durch

Die Schließung des Zürcher Schlachthofs ist also unterm Strich bloß eine Nachzügler-Maßnahme – er passt nicht mehr in die Zeit hochindustrieller Anlagen der großen Fleischunternehmen. Eine Entscheidung gegen das Schlachten als solches geht damit nicht einher.

vertikale Integration optimiert, sprich sie kontrollieren heute oft auch die dem Schlachten vor- und nachgelagerten Prozesse (wie die Aufzucht der Tiere oder die Fleischverarbeitung). Diese Strategie kann die SBZ nicht übernehmen, denn sie betreibt den Schlachthof Zürich als Auftragschlachthof,

in dem andere Firmen ihre Tiere töten und verarbeiten lassen. Seine Schließung ist also unterm Strich bloß eine Nachzügler-Maßnahme – er passt nicht mehr in die Zeit hochindustrieller Anlagen der großen Fleischunternehmen. Eine Entscheidung gegen das Schlachten als solches geht damit nicht einher.

Das Schlachten geht weiter

Das Töten der Tiere geht vielmehr unvermindert weiter, es wird bloß geographisch an einen anderen Ort verschoben: Entweder findet die SBZ einen neuen Standort oder sie wird ihre Geschäftstätigkeit einstellen müssen und die 250.000 Tiere werden in den Schlachthöfen anderer Unternehmen getötet, zum Beispiel im neuen Millionen-Projekt von Bell in Oensingen, das sich zur Zeit im Bau befindet.[4] Laut Ronny Hornecker, Geschäftsführer der SBZ und Betreiber einer Zürcher Metzgerei, ist noch unklar, wie es ab 2030 weitergeht.[5] Mit der richtigen Strategie könnte sich die SBZ gemäß W.I.R.E. durchaus gegen die Konkurrenz der großen Fleischunternehmen behaupten. Das Amt für Stadtentwicklung hatte entsprechend auch versucht, eine Lösung für den Weiterbetrieb des Schlachthofs zu finden. Von Seiten der Stadt her wäre es einerseits eine Option gewesen, die bestehenden Gebäude umzugestalten, so dass parallel zum Schlachtbetrieb andere Nutzungen auf dem Areal Platz gefunden hätten. Andererseits bot sie der SBZ ein alternatives Grundstück außerhalb der Stadt zur Miete an. Beides hat die SBZ mit Verweis auf die hohen Investitionen, die damit notwendig würden, abgelehnt, wie Anna Schindler, Direktorin des Amtes für Stadtentwicklung, bei einer Informationsveranstaltung zur Zukunft des Areals ausführte.[6]

Es war also keineswegs die Intention des Stadtrats, mit der Auflösung des Mietvertrags der SBZ das Schlachten zu beenden, wengleich ihm das vor allem

von rechter und wirtschaftsliberaler Seite mehrmals unterstellt wurde: So meinte zum Beispiel Flurin Capaul, Gemeinderat der FDP im Interview mit der Zeitung P.S., die Entscheidung sei »aus Sicht der Fleischwirtschaft« unverständlich und habe einen »starken ideologischen Beigeschmack«. [7] Anna Schindler betont hingegen, man habe sich nicht gegen das Schlachten, sondern für mehr Optionen auf dem Areal entschieden. [8]

So oder so: Auch wenn also das Verschwinden des Schlachthofs aus dem Stadtbild auf den ersten Blick im Sinne der Tierbefreiung zu sein scheint, sterben durch seine Schließung nicht weniger Tiere im Auftrag des Fleischkapitals. Für die Kühe, Schweine und Co. wird sich die Situation wahrscheinlich sogar durch längere Transportwege verschlechtern, wie der Schweizer Verein Sentience auf Instagram schreibt: »Mehr nicht-menschliche Tiere werden auf die wenigen Schlachthöfe außerhalb des urbanen Raumes verteilt, wodurch sich die Fahrzeiten verlängern.« [9] Laut W.I.R.E. werden 60 bis 70% der in Zürich getöteten Tiere im östlichen Mittelland aufgezogen. [10] In der Region Zürich gibt es keinen anderen Betrieb, der die Kapazität hätte, die zusätzlichen Schlachtungen in Zukunft durchzuführen.

Auch wenn das Verschwinden des Schlachthofs aus dem Stadtbild auf den ersten Blick im Sinne der Tierbefreiung zu sein scheint, sterben durch seine Schließung nicht weniger Tiere im Auftrag des Fleischkapitals.

99 Anliegen, aber die Tiere sind keins

Durch seine Lage mitten in einem Wohnviertel war der Schlachthof Zürich schon lange umstritten. Die Anwohner störten sich am Lärm der Tier- und Fleischtransporter und der frühmorgendlichen Schreie der gequälten Kreaturen sowie am Gestank, der vom Schlachtbetrieb ausging. Zürcher Politiker haben im Laufe der Jahre zahlreiche das Areal betreffende Anfragen und Motionen eingereicht – die Anlage wurde ein Politikum. Es ist nicht besonders verwunderlich, dass mit der Bekanntgabe der Neukonzipierung des Schlachthofareals diverse Parteien und Interessengruppen ihre Ansprüche auf die zukünftige Gestaltung des 50.000 m² großen Grundstücks formulierten. Um die Tiere geht es aber niemandem von ihnen.

Im Gegenteil betont Marcel Tobler, Lokalpolitiker der Sozialdemokratischen Partei (SP): »Es geht nicht um die Tatsache, dass dort Tiere geschlachtet werden«.[11] Vielmehr wolle man das Areal für die Öffentlichkeit zugänglich und nutzbar machen und so das Quartier für die Bevölkerung ansprechender gestalten. Auch Industrie und Gewerbe müssen nach Meinung der SP weiterhin Platz finden. Unterstützung bekommt die SP von den Grünen: Die Stadt brauche laut Gemeinderätin Brigitte Fürer »dringend preiswerte Wohnungen, preiswerten Gewerbe-, Kunst- und Kulturraum, Schulraum und Freiräume.« Und ihr Parteikollege Markus Knauss meint, schlachten müsse man nicht unbedingt in der Stadt Zürich. Willi Wottreng von der linken Partei Alternative

Liste (AL) setzt sich darüber hinaus vor allem für die Entstehung einer Kunstwandelhalle ein, in der »Kunst nicht nur angeschaut werden kann, sondern wo sie produziert und verkauft wird und wo sie [die Künstler] sich in kollektiven Aktionen präsentieren«. [12]

Die rechte Schweizer Volkspartei (SVP) hätte es lieber gesehen, wenn der Schlachthof bestehen geblieben wäre. »Es kann doch nicht sein, dass die Bauern ihr Vieh quer durch die Schweiz transportieren müssen« [13], so SVP-Gemeinderat Rolf Müller gegenüber der Limmattaler Zeitung. Und auch die FDP schreibt, dass die Schließung des Schlachthofs dem Konsumentenwunsch nach mehr Regionalität widerspreche. [14] Bei den Liberalen gibt es aber auch andere Stimmen: so bedauert Capaul zwar das Ende des Schlachthofs, doch ist es ihm vor allem wichtig, dass das Areal weiterhin für Industrie und Gewerbe nutzbar bleibt. Ihm schwebt ein »Zürich Food Cluster« vor, von dem beispielsweise auch das expandierende Zürcher Food-Start-Up »Planted« Teil sein könnte, das eine pflanzliche Alternative zu Geflügelfleisch entwickelt hat. [15] In eine ähnliche Richtung gehen die

Ideen des Gemeinderats der Grünliberalen Partei, Shaibal Roy, der sich für eine Mischung aus Gewerbe und offener Nutzung ausspricht. Er sieht jedoch im Gegensatz zu FDP und SVP keine Zukunft für den Schlachthof auf dem

Ob sich die Lokalpolitiker nun für oder gegen den Verbleib des Schlachthofs auf dem Areal einsetzen, für mehr Platz für Kunstprojekte, Freiräume oder wirtschaftliche Diversifizierung: Keiner hat die Interessen der Tiere im Blick.

Areal: »Der Gestank und der Verkehr sind nach wie vor eine Belastung für die Bevölkerung.«[16]

Ob sich die Lokalpolitiker nun für oder gegen den Verbleib des Schlachthofs auf dem Areal einsetzen, für mehr Platz für Kunstprojekte, Freiräume oder wirtschaftliche Diversifizierung: Keiner hat die Interessen der Tiere im Blick.

Gentrifizierung mit Zustimmung

Obendrein wird die von allen Parteien mit unterschiedlicher Ausprägung angestrebte Aufwertung des Schlachthofareals wohl zu einer Gentrifizierung mit negativen Auswirkungen auf das Quartier führen. Das Areal ist, wie Grünen-Politikerin Furer es formuliert, ein »Filetstück«[17] der Stadt. Es ist zentral gelegen und verbindet verschiedene Viertel mit hoher Bautätigkeit im Immobilienbereich.

Die von allen Parteien mit unterschiedlicher Ausprägung angestrebte Aufwertung des Schlachthofareals wird wohl zu einer Gentrifizierung mit negativen Auswirkungen auf das Quartier führen.

Die Aufwertung des Quartiers durch das Verschwinden des Schlachthofs wird zwar einigen Anwohnern dienen, die lange mit seinen Emissionen leben mussten, aber es wird auch jene Entwicklung in Gang gesetzt, die sich bereits in anderen Zürcher Vierteln gezeigt hat: Die Umgebung wird attraktiver, die Wohnhäuser werden saniert oder gleich abgerissen und neugebaut, die Mieten werden steigen und viele der jetzigen Bewohner zum Wegzug gezwungen sein.

Um die verschiedenen Ansprüche der heutigen Quartierbevölkerung, der auf dem Areal eingemieteten Betriebe, sowie der Parteien einzufangen, organisierte die Stadtverwaltung einen öffentlichen Mitmachprozess. Dieser beinhaltete eine Reihe von Informationsveranstaltungen sowie mehrere sogenannte Echoräume, bei denen Interessierte in den Planungsprozess einbezogen werden sollten. Allerdings ging es bei diesen Veranstaltungen nicht darum, die Teilnehmenden an einem demokratischen Entscheidungsprozess über die zukünftige Nutzung des Areals wirklich zu beteiligen. Vielmehr dienten sie dazu, die Akzeptanz verschiedener Ausrichtungen des Projekts bei der Bevölkerung einschätzen zu können und zu suggerieren, alle seien in den Entscheidungsprozess einbezogen worden. Wie es ein Stadtteilpolitiker der AL nach der Schlussveranstaltung des Prozesses im persönlichen Gespräch mit der Autorin formulierte: »Man kann dann im Nachhinein sagen, man habe mit allen geredet, man hat ja alle miteinbezogen, aber entscheiden können wir nichts«.

Teilgenommen haben an den Veranstaltungen in erster Linie Lokalpolitiker, Vertreter des Quartiervereins, Beamte der verschiedenen an der Planung beteiligten Ämter der Stadtverwaltung und einige Führungskräfte der auf dem Areal tätigen Unternehmen. So erhielt zum Beispiel Schlachthofdirektor Ronny Hornecker eine Bühne, um sich für die Interessen der Fleischindustrie einzusetzen. Arbeiter der Unternehmen, also auch des Schlachthofs, waren nicht anwesend. Sie wurden weder durch eine Gewerkschaft noch durch einen Personal-

verband vertreten, die es somit versäumt haben, die Interessen der Arbeiter bei diesem Prozess zu vertreten. Außer der Autorin und einer Genossin nahmen zudem auch keine Personen teil, die sich für die Tiere eingesetzt hätten.

Der von der Stadt initiierte Mitmachprozess erfüllte seinen Zweck, der Öffentlichkeit das kapitalistische Aufwertungsprojekt schmackhaft zu machen. Um eine weitere Gentrifizierung Zürichs zu verhindern, bedurfte es entschlossener Maßnahmen, die das Immobiliengeschäft im betreffenden Quartier eindämmen, der Konvertierung des Schlachthofs zu einem vernünftigen Betrieb in Arbeiterhand und der Einrichtung eines sozialen Zentrums oder ähnlichem auf dem Areal.

Das Ende des Schlachtens in Zürich: Eine gute Sache?

Unter dem Strich ist die Schließung des Zürcher Schlachthofs nicht so erfreulich, wie es auf den ersten Blick scheint. Es werden nicht weniger Tiere getötet, sie werden lediglich an anderen Orten geschlachtet. Einige von ihnen werden längere Transportwege in weiter entfernte Anlagen über sich ergehen lassen müssen. Zu Gute kommt die Schließung – vorausgesetzt, die SBZ produziert nicht an einem neuen Standort weiter – den zwei dominierenden Fleischunternehmen Bell und Micarna, die die zusätzlichen Schlachtungen aller Wahrscheinlichkeit nach übernehmen würden. Dadurch könnten diese ihre Marktmacht noch mehr stärken, die sie durch

die Errichtung hochindustrialisierter Schlachtfabriken im ländlichen Raum und die zunehmende Kapitalkonzentration in der Fleischindustrie aufbauen konnten. Das Verschwinden des Zürcher Schlachthofs aus dem urbanen Raum ist als Folge dieser Entwicklung zu sehen, die an den meisten Orten schon im vorigen Jahrhundert abgeschlossen wurde.

Mit dem Verschwinden der Schlachthöfe geht eine Aufwertung der betreffenden Quartiere einher. Was an sich eine gute Entwicklung für die Anwohner wäre (so schön wie möglich wohnen sollten alle), wird im Rahmen der kapitalistischen Stadtpolitik zur Gentrifizierung, von der vor allem

das Immobilienkapital profitiert. Und damit sich niemand beschwert, hat die Stadtverwaltung für ihre Pläne die Zustimmung der Bevölkerung in einem Pro-Forma-Mitmachprozess eingeholt.

Das Ende des Schlachtens in Zürich wurde weder von der Tierbefreiungsbewegung erkämpft, noch ist es das Ergebnis eines zunehmenden Bewusstseins der Öffentlichkeit über Nachhaltigkeit und Tierleid. Vielmehr ist es ein Resultat profitorientierter Fleischindustrie- und Stadtentwicklung. Für die Schweizer Tierbefreiungsbewegung geht damit eine doppelte Verschlechterung der

Das Ende des Schlachtens in Zürich wurde weder von der Tierbefreiungsbewegung erkämpft, noch ist es das Ergebnis eines zunehmenden Bewusstseins der Öffentlichkeit über Nachhaltigkeit und Tierleid. Vielmehr ist es ein Resultat profitorientierter Fleischindustrie- und Stadtentwicklung.

Bedingungen im Kampf gegen die Fleischindustrie einher: Erstens wird ihr größter Gegner, das Fleischkapital in Gestalt von Bell und Micarna, gestärkt. Zweitens bedeutet die Verlagerung des Schlachtens in ländliche Gebiete eine Möglichkeit weniger, am Ort des Geschehens öffentlichkeitswirksam auf die Verbrechen der Fleischindustrie aufmerksam machen zu können.

Irina König

Umrisse eines grün-sozialdemokratischen Tierrechtsprojekts

Reviewessay zu den Büchern »Streicheln oder Schlachten« und »Anders satt«

Ende des Jahres 2022 sind kurz nacheinander die Bücher zweier langjähriger Kader der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung in Deutschland erschienen. Der Hamburger Sozialwissenschaftler Marcel Sebastian versucht in seiner soziologisch-kulturwissenschaftlichen Abhandlung »Streicheln oder Schlachten«, die »Ambivalenz«^[1] im Verhältnis zwischen Menschen und Tieren zu erklären, also warum Menschen manche Tiere töten und konsumieren, andere wiederum gut behandeln. Die Berliner Philosophin Friederike Schmitz zeigt in »Anders satt« überzeugend, warum die Tierindustrie Menschen, Natur und Tieren Schaden zufügt, und skizziert darauf aufbauend ein weniger triftiges »radikal-realistisches«^[2] Programm zur »Transformation von Landwirtschaft und Ernährung«^[3].

Nicht nur der inhaltliche Zuschnitt der Bücher ist verschieden. Auch die Autoren unterscheiden sich im Auftreten und in der Formwahl. Sebastian spricht die Leser als unabhängiger wissenschaftlicher Experte an. Er will »unterschiedliche Perspektiven systematisch in den Blick«^[4] nehmen und zum Behuf der Volksaufklärung

sachlich-objektiv Argumente abwägen. Anders Schmitz. Sie macht keinen Hehl aus ihrer Haltung oder daraus, dass sie Aktivistin ist und für eine bestimmte Agenda wirbt. Stilistisch erinnert Sebastians Darstellung stark an eine deutsche Variante der Ratgeberliteratur für Mittelklasse-Wohlfühlökos im Stil von Jonathan Safran Foer's »Tiere essen«. Schmitz' Darbietung ähnelt indes wissenschaftlich fundiertem, parteiischem Journalismus, wie ihn Naomi Kleins »Kapitalismus vs. Klima« verkörpert: nah dran an konkreten Bewegungen, Projekten und ihren Protagonisten, die immer wieder ausführlich zu Wort kommen.

Auf den ersten Blick sind auch einige Gemeinsamkeiten zwischen den Büchern erkennbar. Beide Verfasser legen die negativen Folgen der Tier- und insbesondere der Fleischproduktion für das Klima, die menschliche Gesundheit und die Tiere dar – bei Sebastian als Konsequenz aus der »menschlichen Herrschaft über die Tiere«[5], bei Schmitz als Begründung für den notwendigen Exit aus der Tierindustrie. Sie diskutieren zudem beide die Bedeutung neuer Technologien, mit denen etwa Fleisch im Reaktor hergestellt wird, und kommen relativ einmütig zu dem Schluss, dass sie nützlich sein könnten, wenngleich technische Innovationen kein Allheilmittel sind.

Die wesentlichen politischen Gemeinsamkeiten der beiden Publikationen liegen aber woanders. Die Bücher sind, unterschiedlich akzentuiert, Beiträge zur Formierung eines grünliberalen sozialdemokratischen Projekts in Zivilgesellschaft und Staat unter Berücksichtigung der

Tiere. In diesem Sinne sind sie zum einen Bewerbungsschreiben an andere soziale Bewegungen, vor allem an die Klima- und Kleinbauernbewegung (Schmitz), sowie an die linksliberale Öffentlichkeit (Sebastian), das Anliegen der Tierrechtsbewegung als berechtigt anzuerkennen und Bündnisse zu bilden. Zum anderen sind die Monographien natürlich auch Vorschläge für die politische Orientierung der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung und ihrer Aktivist:innen.

Elemente zur Ausbildung und Durchsetzung eines solchen gesellschaftlichen Projekts, die sich in den Arbeiten finden lassen, sind erstens ein liberaldemokratisches und antispeziesistisches Verständnis des Mensch-Tier-Verhältnisses, zweitens eine auf staatliche Maßnahmen orientierte Programmatik und drittens eine auf subjektive Veränderung, Alternativkultur und Bewegungspolitik ausgerichtete, radikal reformerische Strategie. Wenig überraschend treffen sich Schmitz' und Sebastians Ideen in diesen Punkten mit vergleichbaren Ansätzen der deutschen Bewegungslinken, etwa in der Bewegung gegen den Betrieb von Kohlekraftwerken.

Anthropologische Kultursoziologie und Psychologie statt historisch-materialistischer Gesellschaftskritik

Schmitz verzichtet in ihrem Buch generell auf einen kohärenten theoretischen Bezugsrahmen. Sie bedient sich pragmatisch und zugleich eklektisch je nach Bedarf und Gegenstand der Psychologie, der

Politikwissenschaft, der Ethik und auch vereinzelt ökonomischer Überlegungen, um ihre Argumente zu untermauern. Die »Ausnutzung«[6] der Tiere führt sie maßgeblich auf psychologische Mechanismen wie »Strategien der ›moralischen Entkoppelung«[7] und »kognitive Dissonanz zwischen Werten und Verhalten«[8] sowie auf kulturelle Phänomene der Normalisierung und Naturalisierung der Tiernutzung zurück. »Unsere gesamte Gesellschaft«[9] verdingliche Tiere, indem »viele von uns« in ihnen »nur Waren und Produkte«[10] sähen.

Sebastian verfolgt hier einen in sich stimmigeren Zugang. Für ihn ist »unser Verhältnis zu Tieren das Ergebnis sozialer Konstruktionen«[11]. Damit ist gemeint, dass Menschen auf Basis ihrer kulturellen Werte und Ideale sowie ihrer Interessen und ihrer Macht »kollektive Vorstellungen über Tiere« und »den Sinn der Beziehungen zwischen Menschen und Tieren«[12] entwickeln, die ausschlaggebend dafür sind, wie Tiere behandelt werden. Das Mensch-Tier-Verhältnis ist für ihn also »Ausdruck einer bestimmten Kultur«[13]. Allerdings sei die soziale Wahrnehmung der Tiere umstritten. Es gäbe gesellschaftliche »Deutungskonflikte«[14], bei denen diejenigen die Oberhand behielten, denen es gelinge, ihre Ideen, Interessen – die Sebastian anthropologisch fasst – und Macht am besten zu kombinieren und dadurch Mehrheiten in der Gesellschaft zu überzeugen. Die »Ordnung der Gesellschaft basiert«, so der Autor, »auf den Geschichten, die sich Menschen gegenseitig immer wieder erzählen«[15].

Auf diesen kulturtheoretischen Ansatz gründet Sebastian auch die Strukturierung seines Buchs, in dem er zunächst der Kultur des Tiere-Essens sowie dem Verhältnis der Menschen zu Tieren in der Fleischproduktion und zu Haustieren nachgeht und versucht, die »Ambivalenz« zu erfassen, die sich in den Mensch-Tier-Beziehungen ausdrückt. Überzeugend ist das aber nicht. Das unterschiedliche Verhalten der Menschen zu den Tieren könnte man plausibler aus der historisch besonderen Form der Konsumtion von Tieren als Waren erklären. Denn unabhängig davon, ob sie nun Schlachtvieh oder heimischer Freund sind, werden sie als Waren genutzt. Deren Gebrauchswert unterscheidet sich allerdings dahingehend, dass die einen zur Profitakkumulation von Unternehmen »produktiv«, während die anderen von Endverbrauchern »individuell« konsumiert werden, das heißt, als Partner, Freunde, Begleiter und so weiter fungieren. Die kulturwissenschaftliche Interpretation der Konflikte um »die Suche nach einem neuen Mensch-Tier-Verhältnis«^[16], der zweite große Teil in Sebastians Buch, weist ähnliche Schwächen auf. Wo politisch-ökonomische und kulturelle Klassenkämpfe um das gesellschaftliche Verhältnis zu Tieren ausgetragen werden, sieht er lediglich einen »Kulturkampf über Tiere«^[17].

Freilich wäre es verkehrt, die Bedeutung der Psychologie oder auch der politischen Kultur für die Ausbeutung der Tiere und der Herrschaft über sie zu

Bei Schmitz und Sebastian hat man es mit psychologistischen und kulturalistisch-idealistischen Erklärungen sozialer Relationen und Praxis zu tun.

verneinen. Die beiden Autoren erheben sie jedoch zu deren Ursachen und fassen das Mensch-Tier-Verhältnis maßgeblich mit ihren Kategorien. Deswegen hat man es bei Schmitz und Sebastian mit psychologistischen und kulturalistisch-idealistischen Erklärungen sozialer Relationen und Praxis zu tun. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass es in den Traditionen kritischer Gesellschaftstheorie durchaus schon Ansätze gibt, mit denen Psychologie und Kultur in eine historisch-materialistische Theorie der Tierausbeutung integriert werden, etwa mit Bezug zum Freudomarxismus der Frankfurter Schule oder zur Hegemoniethorie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Aber beide Autoren verzichten darauf, diese Fäden aufzunehmen und weiter zu spinnen.

Ihr psychologischer und kulturalistischer Reduktionismus korrespondiert damit, dass sie das Mensch-Tier-Verhältnis tatsächlich als eines zwischen »Menschen« und »Tieren« begreifen. Demnach treten anthropologisch, als anderen Tieren gegenüber besondere Kultur-

wesen verstandene Menschen individuell und im gesellschaftlichen Verbund in Beziehungen zu Tieren. Entsprechend kann Sebastian zum Beispiel behaupten:

Soziale Klassenverhältnisse zwischen den Menschen scheinen für die Autoren nicht zu existieren.

»*Menschen* kontrollieren jeden Lebensaspekt der Nutztiere«[18, Herv. R.L.]. Große und kleine Tierkapitalisten, die tatsächlich jeden Lebensaspekt sogenannter Nutztiere kontrollieren, sind natürlich auch Menschen.

Aber sie beuten zum Beispiel Hühner nicht aus, weil sie Menschen sind, sondern weil sie Kapitalisten sind, also Personifikationen historisch und sozial besonderer sozioökonomischer Relationen. Eben jene sozialen Klassenverhältnisse zwischen den Menschen scheinen für die Autoren nicht zu existieren – ganz zu schweigen von den Beziehungen zwischen den Klassen, ihren Interessen und den existierenden kulturellen Ideen, Werten und Diskursen. Schmitz' und Sebastians Sicht auf das Mensch-Tier-Verhältnis ist die des radikaldemokratischen Bürgers, Mitglied der Zivilgesellschaft und Marktsubjekt, der im Kopf seiner Mitbürger und ihrer politischen Kultur den Grund dafür sieht, dass das Freiheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft für die Tiere noch nicht gilt.

Ein Programm zur tierfreundlichen Modernisierung der Landwirtschaft

Nun geht es Schmitz, anders als in ihren früheren Büchern, gar nicht groß um die theoretische Diskussion. Eines ihrer Anliegen ist es zu zeigen, dass eine »neue Landwirtschaft«^[19] möglich ist, mit der CO₂-Emissionen deutlich verringert, die Böden geschützt und verbessert und gesunde Lebensmittel erzeugt werden können und die dazu möglichst ohne Tiernutzung auskommt. Hier liegt die große Stärke ihres Buchs. Mit zahlreichen Beispielen dekliniert sie durch, wie »veganer Ökolandbau«^[20] ohne chemische Pestizide und Kunstdünger funktionieren kann, wie Düngung ohne Tiermist

gelingt, wie man Böden ökologisch pflegt, bestimmte Hülsenfrüchte wieder anbaut, Grünland landwirtschaftlich nutzt und organische Abfälle sinnvoll verwertet. Ihr Plädoyer ist nicht nur weitgehend überzeugend, sondern auch eine alltagstaugliche Handreichung fürs Handge-
menge mit Repräsentanten der großen und kleinen, konventionellen und alternativen Landwirtschaft, die behaupten, ohne Tierausbeutung ginge die Herstellung von Lebensmitteln nicht.

Stellt sich die Frage, was es braucht, um das Agrarbusiness durch eine klimafreundliche, ökologisch nachhaltige und vegane Landwirtschaft zu ersetzen. Schmitz umreißt in zwei Kapiteln ein Art Programm für die »Ernährungswende«^[21] und eine »gerechte Transformation«^[22] der Landwirtschaft. Sebastian erwähnt zwar einige von Schmitz' Vorschlägen auch beiläufig^[23]. Insgesamt hat er aber deutlich weniger Programmatisches beizutragen.

Eckpfeiler der Ernährungswende sind Schmitz zufolge, pflanzliches Essen beitragsfrei in Kitas und Schulen anzubieten, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Tierwaren und eine Senkung für Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. Da Konsumsteuern asozial sind, erwägt die Autorin zudem eine sogenannte Lenkungssteuer, wie sie etwa eine CO₂-Steuer darstellt. Zur »Demokratisierung des Ernährungssystems«^[24] befürwortet sie »Beteiligungsformate«^[25] nach dem Vorbild des »Bürgerrat Klima«, der 2021 Forderungen für den Umgang mit der Klimakrise erarbeitet hat. Sie sympathisiert schließlich mit der Idee, »wahre Preise«^[26] für Lebensmittel ein-

zuführen, das heißt deren »Gesundheits- und Umweltkosten«[27] einzupreisen. Weitere Ansatzpunkte für die Ernährungswende seien die Veränderung sozialer Normen und »eine große neue Erzählung«[28]. Damit ist, so lässt Schmitz den Soziologen Sebastian in ihrem Buch erklären, eine Kommunikationsstrategie gemeint, die neue Werte vermittelt, die an das Welt- und Selbstverständnis der Menschen anknüpfen und die das Positive einer Umstellung auf eine nachhaltige und tierleidfreie Ernährung für die Gesellschaft als erstrebenswert zum Ausdruck bringen.

Für die Transformation der Produktion schlägt Schmitz zusätzlich vor, dass ein »neuer Gesellschaftsvertrag« für eine »klimafreundliche, ethisch vertretbare, gesundheitsförderliche Landwirtschaft«[29] geschlossen werden soll. Die Gesellschaft schaffe dann faire Bedingungen für die Umstellung, die Landwirte wiederum setzten die nötigen Veränderungen um. »Ähnlich wie der Kohleausstieg könnte der Ausstieg aus der Tierindustrie einem klaren Schritt-für-Schritt-Plan folgen.«[30] Die dafür nötigen Maßnahmen umfassen zum Beispiel Entschädigungen oder Entschuldungen für Bauern, die ihren Betrieb aufgeben. Außerdem schlägt Schmitz einen Baustopp für Tierproduktionsanlagen, Umschulungsprogramme für Landarbeiter, die Umleitung von Subventionen und Fördergeldern aus der Tierindustrie in bessere Formen der Landwirtschaft sowie neue Umwelt- und Klimaabgaben vor. Ferner befürwortet sie schärfere Gesetze, eine ernstzunehmende Durchsetzung des rechtlichen Status quo, beispielsweise des

Tierschutzgesetzes, sowie die Schaffung neuer Rechtsnormen wie eines Verbandsklagerechts.

Als Appendix zu diesem konkreten Forderungskatalog wirft Schmitz die Frage auf, ob es »eine andere Art der Organisation, eine andere Art des Wirtschaftens«^[31] gerade in der Landwirtschaft bräuchte. Sie favorisiert kleine, regionale und gemeinschaftsbasierte Produktionseinheiten »nach dem Vorbild der Solidarischen Landwirtschaft«^[32], nur ohne Tiere. Um eine solche durchzusetzen, hält sie es nicht für ausgeschlossen, bestehende Unternehmen sogar zu enteignen und zu vergesellschaften.

Das Kernproblem an diesem Programmentwurf ist, dass er verkehrt herum angelegt ist. Er beinhaltet eine Vielzahl kleinteiliger Reformen, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft umgesetzt werden und zur Modernisierung ihrer Agrarökonomie und Ernährung beitragen können. Der Bruch mit den kapitalistischen Eigentums-, Produktions- und Verteilungsverhältnissen wird nicht als notwendiger Ausgangs-, sondern als möglicher Endpunkt der Transformation beziehungsweise als ein Schritt unter vielen präsentiert. Dadurch fehlt der Programmatik nicht nur eine dem Problem der kapitalistischen Tierproduktion

Der Bruch mit den kapitalistischen Eigentums-, Produktions- und Verteilungsverhältnissen wird nicht als notwendiger Ausgangs-, sondern als möglicher Endpunkt der Transformation beziehungsweise als ein Schritt unter vielen präsentiert.

und Landwirtschaft adäquate Hierarchisierung der Forderungen und der Bezug zum gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang der Ausbeutung und Herrschaft, wie er durch die Produktions- und Verteilungsverhältnisse hergestellt wird. In den Forderungen ist auch das Ziel einer anderen Gesellschaft nicht anwesend. Insbesondere die Ideen für den Umbau der Produktion sind deshalb nicht falsch. Ausstiegsprogramme für Landwirte oder ein Verbot des Neubaus von Tierhaltungsanlagen sind unbedingt zu unterstützen. Aber unter der Voraussetzung, dass die Produktionsverhältnisse bleiben, wie sie sind, führte die Umsetzung der Forderung bestenfalls zu einer durch Steuergelder finanzierten Diversifizierung der Landnutzung, zur Reduktion der Tierproduktion und zu etwas besseren Haltungsbedingungen. Außerdem träte dem Rest der Gesellschaft außerhalb der Landwirtschaft deren Transformation lediglich als kulturelle Modernisierung der eigenen Lebensweise gegenüber. Die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse in den anderen Sektoren der Ökonomie blieben aber bestehen, obwohl sich ja nicht nur in der Landwirtschaft und Ernährung etwas für die Subalternen ändern sollte.

Ein zweites, ähnlich gelagertes Problem zeigt sich am naiven Verständnis des bürgerlichen Staates, wie es in Schmitz' Programmskizze zum Ausdruck kommt. Einerseits will die Autorin alle staatlichen Instrumente für die Ernährungswende und für einen gerechten Übergang in der Landwirtschaft nutzen. Zahlreiche ihrer Reformvorschläge könnten auch tatsächlich von einer grün-sozialdemokratischen Regierung problemlos umgesetzt wer-

den. Andererseits verwahrt sich Schmitz unter Verweis auf die DDR gegen die Verstaatlichung von Unternehmen, stellt aber deren Vergesellschaftung in Aussicht. Nur: Der bürgerliche Staat ließe die Vergesellschaftung von Privatunternehmen und deren Konversion in biovegane, gemeinschaftsbasierte und an der Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft orientierte Produktionseinheiten

Lediglich Druck aus der Zivilgesellschaft wird nicht dafür ausreichen, dass der Staat Maßnahmen durchsetzt, die so weitgehend sind, dass sie eine nachhaltige und biovegane Landwirtschaft gewährleisten. Er ist nun einmal der kapitalistische Klassenstaat.

nicht zu. Lediglich Druck aus der Zivilgesellschaft wird nicht dafür ausreichen, dass der Staat Maßnahmen durchsetzt, die so weitgehend sind, dass sie eine nachhaltige und biovegane Landwirtschaft gewährleisten. Er ist nun einmal der kapitalistische Klassenstaat und nicht nur ein neutraler Vermittler

oder lediglich das Terrain für die politischen Auseinandersetzungen. Er ist neben den bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen das zweite Bollwerk, das kapital- und herrschaftskonforme Modernisierung zulässt, aber eine Versöhnung von Gesellschaft, Natur und Tieren verhindert. Der Umgang mit dem Energiekonzern RWE ist dafür ein augenfälliges Beispiel. Warum der Staat und die sich in ihm organisierende herrschende Klasse im Falle der Landwirtschaft und insbesondere des Tierkapitals anders handeln sollten, erklärt Schmitz nicht.

Dazu kommt drittens, dass einige der sofort umsetzbaren Forderungen schlicht so niedrigschwellig sind, dass sie selbst innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft keine Fortschritte bedeuteten, sondern das Bestehende nur modernisierten. Der »Bürgerrat Klima« zum Beispiel: Abgesehen vom Auswahlverfahren seiner Mitglieder, das eine Gesellschaft der Individuen ohne Herrschafts- und Klassenverhältnisse unterstellt, hat der Rat selber keine reale Macht. Bürger dürfen miteinander parlieren, lernen, Wünsche formulieren und diese der Bundesregierung vorlegen. Und dann? Wie auch bei anderen Mitmachformaten der neoliberalen Demokratie ist dabei sein alles.

Die Idee eines echten Preises für Lebensmittel wiederum ist grün-konservativ. Indem man die Natur, und sei es auch nur negativ, also die Naturzerstörung bepreist, macht man den Bock zum Gärtner, akzeptiert man doch die Inwertsetzung und den marktvermittelten Zugang zur Natur. Warum zwingt man nicht einfach die Profiteure von Umweltzerstörung und Tierausbeutung, also die Klasse der Kapitalisten, dazu, die Transformation der Landwirtschaft aus ihren Gewinnen zu bezahlen?

Eine Antwort auf diese Frage könnte in Schmitz' Vorstellung eines »neuen Gesellschaftsvertrags mit der Landwirtschaft«^[33] liegen. In der sozialökologischen Intention durchaus nachvollziehbar glaubt sie offenbar, dass der Staat mit Agrarunternehmen eine Art Zielvereinbarung abschließen sollte, an deren Ende eine nachhaltige Landwirtschaft ohne Tiere stehen könnte. Das Problem ist nur, dass »die Landwirtschaft« eine Fiktion

ist. Natürlich sollte man den kleinen und mittleren Landwirten den Ausstieg aus der Tierproduktion ermöglichen. Aber wenn man eine solche Übereinkunft nur mit den kleinen und mittleren Betrieben schliesse, könnte man die Probleme der Landwirtschaft nicht wirklich lösen. Ein Pakt mit den Agrarkonzernen wiederum widerspräche nicht nur Schmitz' grundsätzlich richtigem Diktum, »nur *gegen* die Konzerne«^[34], Herv. i.O.] könne »grundlegender Systemwandel«^[35] durchgesetzt werden. Diese moderne Form der Klassenkooperation hätte auch in etwa dieselben Erfolgsaussichten wie die Kohlekommission.

Apropos »Kohleausstieg«, dessen realer Verlauf sollte eigentlich Warnung genug sein, die Idee eines schrittweisen Ausstiegs aus der Tierproduktion zu propagieren. In diesem Zusammenhang zeigt sich besonders, dass der Bruch mit den bürgerlichen Eigentums- und Produktionsverhältnissen für ein Übergangsprogramm kein Nice-to-have ist, sondern dessen Dreh- und Angelpunkt sein muss. Denn der Kohleausstieg mag bestenfalls das Ende eines spezifischen Produktionsprozesses sein – der Herstellung von Energie mittels fossiler Energien. Aber er bedeutet keineswegs notwendig eine nachhaltige, sozial gerechte und an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientierte Energieproduktion. Ja, in seiner gegenwärtigen

Der Bruch mit den bürgerlichen Eigentums- und Produktionsverhältnissen ist für ein Übergangsprogramm kein Nice-to-have, sondern muss dessen Dreh- und Angelpunkt sein.

Form garantiert er nicht einmal, dass die Kohle in der Erde bleibt oder dass alle Dörfer bleiben (siehe Lützerath). Was er hingegen gewährleistet, ist die Einbindung eines Teils der sozialen Bewegungen und deren Spaltung entlang der Haltung zu minimalen Zugeständnissen von oben, die das Wesentliche nicht berühren.

Tierbefreiung durch Sozialismus oder integrative Anerkennung der Tiere?

Im letzten Kapitel ihres Buchs beschreibt Schmitz eine Strategie, um das von ihr umrissene Programm durchzusetzen. Dabei sollen auf der einen Seite Reformen und Transformation ineinandergreifen und auf der anderen Seite auf den Staat gerichtete und in der Zivilgesellschaft agierende Akteure mit abgestuften Vorgehensweisen interagieren. Für ersteres beruft sich Schmitz auf das »Konzept der revolutionären Realpolitik«^[36], wie es die Kommunistin Rosa Luxemburg entwickelt hat. Unglücklicherweise unterschlägt sie aber in ihrer Luxemburg-Rezeption nicht nur, dass es der KPD-Gründerin darum ging, die sozialen Konflikte der bürgerlichen Gesellschaft als Klassen-, nicht nur als politische Kulturkämpfe sozialer Bewegungen auszufechten. Es ging der Marxistin auch nicht um »nicht-reformistische Reformen«, die von oben umgesetzt werden können« oder um »eine Strategie der kleinen Schritte«^[37]. Luxemburg beabsichtigte Reformen, die eine politische Revolution gegen die herrschenden Kräfte im Staat und eine ökonomische gegen das Kapital in sich tragen und diese daher

ermöglichen und vorbereiten sollen. Die »Umstellung öffentlicher Kantinen«[38], die »Einpreisung externer Kosten bei Tierprodukten«[39] oder die »umfassende Öffentlichkeitsarbeit über die Vorteile pflanzlicher Ernährung«[40] erfüllen solche Kriterien nicht einmal ansatzweise.

Um einen »Systemwandel«[41] zu erreichen, schlägt Schmitz ferner vor, realpolitische Maßnahmen, wie sie etwa von Tierrechtsbewegten bei den Grünen, der SPD und der Partei Die Linke vertreten werden und wie sie NGOs, zum Beispiel ProVeg oder die Albert-Schweitzer-Stiftung, praktizieren, mit konfrontativem Massenaktivismus und »gegenkulturellen Gemeinschaften«[42] oder »Nowtopias«[43] in der Zivilgesellschaft zusammen

wirken zu lassen. Während es ersteres und letzteres bereits gäbe, fehle bisher eine Massenbewegung, »die wirklich das Ernährungssystem transformieren kann«[44]. Das eine solche Massenbewegung tragende Bündnis, so

Schmitz meint ausdrücklich, »die Forderung, alle Tierhaltung zu beenden«, sei zunächst »zurückzustellen«, so wie es das Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie mache.

Schmitz' Gedanke, sollte von einer Koalition aus Kleinbauernorganisationen, Klima- und Tierrechtsgruppen getragen werden. Zu seiner Realisierung müssten Tierrechtler allerdings »Kompromisse eingehen«. Schmitz meint ausdrücklich, »die Forderung, alle Tierhaltung zu beenden«, sei »zunächst zurückzustellen«[45], so wie es das Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie mache.

Dieser Plan für eine Strategie gesellschaftlichen Wandels weist zahlreiche Probleme auf, die charakteristisch für Ansätze aus dem Milieu der Bewegungslinken sind. Zunächst ist die Strategie politisch-kulturell angelegt. Sie ist weder in der Ökonomie oder in der sozioökonomisch bestimmten Klassenstruktur der Gesellschaft verankert noch auf die Veränderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse ausgerichtet. Stattdessen baut Schmitz auf kulturell-politischen Wandel in der nicht-ökonomischen Zivilgesellschaft und im Staat. Dessen Trägerschaft soll sich zweitens aus progressiv-liberalen und radikal-demokratischen Kräften zusammensetzen. In diesem Fall bedeutet das, Tierschutz-NGOs, die teils sogar mit Tierausbeutungsunternehmen kooperieren, und Tierrechtsaktivisten, die auf der Straße gegen selbige protestieren, mögen an einem Strang ziehen. Wieso dieses Bündnis überhaupt einen »Systemwandel«^[46] wollen sollte, ist ebenfalls nicht ersichtlich, lehnt doch mindestens einer der Partner den Kapitalismus gar nicht ab. Drittens sollen die radikaleren Tierrechtler ihre Forderung nach Tierbefreiung aufgeben und sie durch einen schrittweisen Ausstieg aus der Tierindustrie ersetzen, um bündnisfähig zu sein. Nun ist für Tierbefreier eine Zusammenarbeit mit Klein-

Die Strategie ist politisch-kulturell angelegt. Sie ist weder in der Ökonomie oder in der sozioökonomisch bestimmten Klassenstruktur der Gesellschaft verankert noch auf die Veränderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse ausgerichtet.

bauernorganisationen gar nicht per se falsch. Aber es ist nicht ersichtlich, warum man die eigenen Ziele – Tierbefreiung – zugunsten eines Bündnisses aufgeben sollte. Es gibt durchaus auch niedrigschwelligere Kooperationsformen, die ohne solche weitreichenden Zugeständnisse auskommen und die den unterschiedlichen Zielen Rechnung tragen können.

Der Soziologe Sebastian lässt sich erst gar nicht zu politischen Abwägungen hinreißen, wie Schmitz sie vornimmt. Er begnügt sich im finalen Kapitel seines Buchs »Jetzt sind Sie dran!«^[47] weitgehend damit, Ratschläge für das Verhalten des Subjekts auszugeben, namentlich das seiner Leser. Zum Beispiel empfiehlt er ihnen, »achtsam zu essen«^[48], ihre Meinung einzubringen, das »Netz der kulturellen Ideen«^[49] mitzuknüpfen oder gut darüber nachzudenken, »was Sie kaufen«^[50]. Außerdem legt er dem geneigten Leser nahe, »sich auch als politisches Subjekt zu verstehen«^[51], »unsere Rolle als aktive Bürger*innen«^[52] wahrzunehmen und bei »Verfahren der Bürger*innenbeteiligung«^[53] mitzumachen. »Soziale Bewegungen« und »die Zivilgesellschaft«^[54] werden als positive Orte von »Demokratien« angepriesen, an denen man sich engagieren kann. Diese »Demokratien« werden in Abgrenzung zu Autokratien respektive »autoritären Regimen«^[55] rundheraus affirmiert. Offener als Schmitz spricht Sebastian aus, dass es ihm – eine logische Konsequenz aus seinem eingangs erwähnten Zugang zu den Beziehungen zwischen Menschen und Tieren – um einen »Kulturkampf über Tiere«^[56] geht, der sich im Staat und in der Zivilgesellschaft abspielt.

Sebastians weitreichendstes Modell für eine konkrete »Utopie«, das sich in seinem Buch findet, ist die Idee, Haus- und Nutztiere »als Staatsbürger«^[57] anzuerkennen. Gewiss erscheint dieser Vorschlag, der schon seit einiger Zeit durch die Human-Animal-Studies geistert, einem breiten politischen Spektrum der gegenwärtigen Gesellschaft abstrus. Aber gleichzeitig gleicht er Schmitz' konkreter Strategie darin, dass die Utopie die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht transzendiert. Sebastian will dem Tier lediglich eröffnen, wovon liberale Demokraten seit jeher träumen: dass alle Individuen vollwertige, wenn auch nicht gleiche, politische Mitglieder einer demokratisierten kapitalistischen Gesellschaft

sind. Der zoopolitische Kosmopolitismus ist nach der integrativen Anerkennung der überausgebeuteten und marginalisierten Menschen des Linksliberalismus letztes Wort, um bürgerliche Freiheit auszudehnen, ohne die Herrschaft des Kapitals anzutasten. Er verstellt die Befreiung der Tiere (sowie der Arbeiter und der Natur) von ökonomischer

Die Utopie transzendiert die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht. Sebastian will dem Tier lediglich eröffnen, wovon liberale Demokraten seit jeher träumen: dass alle Individuen vollwertige, wenn auch nicht gleiche, politische Mitglieder einer demokratisierten kapitalistischen Gesellschaft sind.

Ausbeutung und politischer Herrschaft und die Möglichkeit, dadurch in einem veganen Sozialismus eine gänzlich neue politische Gemeinschaft überhaupt erst zu

schaffen. Aber sicherlich würde Schmitz hier Sebastian zur Seite springen und solche Vorstellungen als »unerreichbare Utopien« [58] disqualifizieren, von denen sie auch ihre eigene »Vision«[59] nach links abgrenzt.

Raul Lucarelli



Marcel Sebastian: Streicheln oder Schlachten. Warum unser Verhältnis zu Tieren so kompliziert ist – und was das über uns aussagt. München, Kösel, 2022, 240 Seiten, 18 €.

Friederike Schmitz: Anders satt. Wie der Ausstieg aus der Tierindustrie gelingt. Mainz, Ventil Verlag, 2022, 376 Seiten, 22 €.



Ein Lehrstück über die Integration in imperialistische Politik

Zu Matthias Rudes kurzer Geschichte der Grünen

Anfang 2023 erschien im Verlag Hintergrund ein Büchlein über die deutschen Grünen. Auf weniger als 80 Seiten entfaltet der Tübinger Journalist Matthias Rude, den einige auch als Autor einer Einführung in den Antispeziesismus der Linken^[1] kennen, eine konzise Analyse der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Kriegshaltung der gegenwärtigen bundesdeutschen Regierungspartei. Der Untertitel »Von der Protestpartei zum Kriegersakteur« bringt das Resümee des Autors auf eine aussagekräftige Formel. Rude zeichnet den historischen Weg einer einst friedensbewegten Partei nach, der in der Zustimmung zum größten Aufrüstungspaket in der deutschen Nachkriegsgeschichte und im Kriegspakt mit ukrainischen Faschisten mündete.

Wie kam es also dazu, dass die Anfang der 1980er-Jahre gegründete Partei Die Grünen, die eine »konkrete Anti-NATO-Politik«^[2] vertrat, zu einer Fraktion des bürgerlichen Blocks wurde, »die im Interesse des Kapitals bereit ist, in den Krieg zu ziehen«^[3]? Die Antwort, die Rude liefert, widerspricht der naiven Vorstellung, dass der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine am

24. Februar 2022 einen kompletten U-Turn innerhalb der politischen Agenda der Grünen eingeläutet hätte. Ganz im Gegenteil zeigt der Autor auf, dass sich die Entwicklung zur Kriegspartei schon viel früher abgezeichnet und sogar schon vollzogen hatte. Einige führende Köpfe der »Antipartei-Partei«^[4] orientierten bereits nach ihrem Einzug in den Bundestag 1983 auf eine Beteiligung an Regierungen. Laut Rude sind letzten Endes diese Kader und ihre parteiinternen Strömungen dafür verantwortlich, dass die einstige systemoppositionelle Kraft in eine etablierte parlamentarische Stütze der deutschen Staatsräson umgemodelt wurde.

Eine treibende Figur in dieser Transformation war der ehemalige Sponti Joschka Fischer – ab 1985 als hessischer Umweltminister der erste Landes- und ab 1998 auch der erste Bundesaußenminister der Grünen. Neben diesem altbekannten Opportunisten werden im Buch aber noch weitere Namen genannt. So wird etwa die Rolle des langjährigen Chefs der Heinrich-Böll-Stiftung Ralf Fücks – einst K-Grüppler, heute antirussischer Falke – beleuchtet, ebenso wie die des Mitgründers der Grünen Helmut Lippelt, der bereits früh Forderungen wie »die sofortige Auflösung der NATO«^[5] ablehnte, als sie noch Konsens in der Partei waren. Will man Regierungspartner werden, das war den werdenden »Wendehälsen«^[6] bereits früh klar, muss man Farbe zum transatlantischen Kriegsbandnis bekennen.

Will man Regierungspartner werden, muss man Farbe zum transatlantischen Kriegsbandnis bekennen.

Die ansprechende Kürze des Buches erlaubt nicht, alle Ursachen für die Wandlung der Grünen detailliert zu entfalten. Im Wesentlichen zeichnen sich in Rudes Analyse zwei Argumentationsstränge ab. Zum einen spielte die Orientierungslosigkeit, in der sich antikapitalistische Linke nach dem Zerfall der Sowjetunion befunden haben, eine zentrale Rolle. Es lag in der Luft, sich vom Sozialismus loszuketten und ins NATO-Lager überzulaufen – eine Bewegung, die viele Grüne mitmachten.

Bei den Grünen beförderte der »Marsch durch die Institutionen« die Herausbildung eines realpolitisch-neoliberalen Flügels.

Zum anderen offenbarte sich die integrative Kraft der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Der »Marsch durch die Institutionen« führt in die Institutionen und verwandelt Opposition in Opportu-

nismus. Bei den Grünen, dem wohl prominentesten Fall der deutschen Nachkriegsgeschichte, beförderte er die Herausbildung eines realpolitisch-neoliberalen Flügels in der Partei, der sogenannten »Realos«[7].

Im Verlauf der 1990er-Jahre, nach dem Aufstieg der »Realos« und ihrem endgültigen Sieg über die »Fundis«[8], »die sich in Fundamentalopposition zum System sahen«[9], war die Eingliederung der Grünen in die Politik der Herrschenden nach Rude vollbracht. Die Zeit war reif, um auch mit dem letzten antimilitaristischen Tabu zu brechen. Der erste Krieg von deutschem Boden nach 1945 wurde im Jahr 1999 durch die damals rot-grüne Bundesregierung losgetreten. Die Abgeordneten der

Grünen stimmten der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriff der NATO-Truppen auf die damalige Republik Jugoslawien, dem sogenannten Kosovo-Krieg, zu. Aufgrund ihres »Images der linksalternativen Friedenspartei«^[10] waren wahrscheinlich damals auch nur sie dazu imstande, den Kriegseintritt durchzusetzen. Denn sie besaßen die politische Glaubwürdigkeit bei Fraktionen der Friedens- und anderer sozialer Bewegungen, um Unterstützung für den Waffengang zu schaffen.

In der Geschichte der Grünen stellte der Kosovo-Krieg einen »Dammbruch«^[11] dar, wie es Rude ausdrückt. Von da an bedeutete grüne »Friedenspolitik« nicht länger, die »einseitige Abrüstung«, sondern die »deutsche Militärintervention«^[12] zu fordern. Nach 2005 haben die Grünen als Oppositionskraft wiederholt die »Militärpolitik« der deutschen Regierung kritisiert – allerdings als »zu zurückhaltend«^[13]! Dieser bellizistische Kurs wurde von grünen Politikern der »zweiten Generation«^[14] vorangetrieben, die sich bereits explizit zur (neo)liberalen Marktwirtschaft und der dazugehörigen Außenpolitik bekannten. Rude nennt

Die Zustimmung
zur Beteiligung am
völkerrechtswidrigen
Kosovo-Krieg stellt einen
»Dammbruch« in der
Geschichte der Grünen dar.

etwa den gegenwärtigen Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir sowie die jetzige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, frühere Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion und Präses der Evangelischen Kirchensynode Katrin Göring-Eckardt.

Vor dem Hintergrund dieser Parteigeschichte kann der Kriegskurs, den die Grünen heute als Teil der Ampel-Koalition einschlagen, niemanden mehr verwundern. Er ist die konsequente Fortsetzung einer staatstragenden Politik nach Innen und Außen, mit der die Interessen des deutschen Kapitals notfalls auch militärisch gegen die internationale Konkurrenz durchgesetzt werden.

Was die mitregierenden Grünen derzeit praktisch und faktisch tun, ist Teil einer neoliberal-imperialistischen Agenda mit grünem Anstrich. Die Partei verkauft der Bevölkerung den Abbau des Sozialstaates, Energiesparmaßnahmen sowie die Senkung der Reallöhne als Notwendigkeit und steht gleichzeitig für Aufrüstung, Krieg und ideologische Mobilmachung: Die Grünen legitimieren kapitalgemachte Kriege des Westens und dämonisieren dessen Feinde – unter Berufung auf humanitäre und progressive Werte und unter ideologischer Instru-

mentalierung des Antifaschismus. Wer den ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen der NATO-Staaten entgegensteht, wird zum Hitler stilisiert. Der Appell an unsere

Wer den ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen der NATO-Staaten entgegensteht, wird zum Hitler stilisiert.

»moralischen Verpflichtungen«^[15] verkommt zum »politischen Herrschaftsinstrument«^[16] des »Kriegsakteurs«, wie Rude die gegenwärtige Strategie der Grünen charakterisiert.

Die kurze und kurzweilige Lektüre des Büchleins ist allen ans Herz gelegt, die sich noch realiter gegen Krieg

einsetzen und nicht als grüner (oder sozialdemokratischer) Arm des deutschen Imperialismus enden wollen. Als Lehrstück über die Integration von oppositionellen Kräften in die herrschende Politik ist Rudes Arbeit ein Fünkchen Aufklärung im Nebel der Propaganda.

Daniel Hessen



Matthias Rude: Die Grünen. Von der Protestpartei zum Kriegaakteur. Berlin, Hintergrund, 2023, 80 Seiten, 10,90€.

»Wir können nicht die Tiere befreien, wenn wir uns nicht selbst befreien.«

Ein Gespräch mit Marco Maurizi

Das nachfolgende Interview mit dem marxistischen Philosophen und Musiker Marco Maurizi (MM) aus Italien wurde ursprünglich anlässlich des Weltvegantags am 1. November 2022 vom türkischen Kollektiv für die Befreiung der Tiere (Hayvan Özgürlüğü Kolektifi, HÖK)[1] geführt und in englischer Sprache veröffentlicht[2]. Wir bedanken uns bei den Autoren für die Erlaubnis, das Gespräch abdrucken zu dürfen, und dokumentieren es hier in deutscher Übersetzung in einer gekürzten und überarbeiteten Fassung.

HÖK: Deine Ideen zum Verhältnis zwischen Marxismus und Tierbefreiung haben uns die Augen geöffnet. Wie würdest du deinen Standpunkt selber charakterisieren?

MM: Ich bin bereits Marxist gewesen, bevor ich mich dem Thema der Tierbefreiung genähert habe. Deswegen habe ich die Theorien Peter Singers und Tom Regans immer als historisch und soziologisch unzureichend angesehen. Mich hat es von Beginn an schockiert, wenn Tierrechtsaktivisten versuchten, diese Theorien in ihrer Alltagspraxis umzusetzen, so als ob Moralphilosophie

uns den Weg zur Veränderung der Welt weisen könnte. Die Ethik ist ein guter, aber auch limitierter und unvollständiger Zugang, um Ungerechtigkeiten zu verstehen. Sie kann das Phänomen sozialer Herrschaft nicht erklären. Da die Unterdrückung der Tiere mit der Herrschaft über die Menschen verbunden ist, müsste eine transformatorische Praxis sich an diesem Nexus orientieren.

Auch der »politischere« Flügel der Tierbefreiungsbewegung, die anarchistischen Gruppen, verfügten nur über wenig aussagekräftige und ausgebildete Ideen

Die Ethik ist ein guter, aber auch limitierter und unvollständiger Zugang, um Ungerechtigkeiten zu verstehen. Sie kann das Phänomen sozialer Herrschaft nicht erklären.

über Gesellschaft und Geschichte. Hier drehte sich alles relativ abstrakt um liberale Diskurse zu Diskriminierung und Rechten. Und Primitivisten, die anfangs die Grenzen dieser Diskurse infrage stellten, wollten die Diskussionen

in eine noch schlimmere Richtung lenken. Sie attackierten die Ideen der Zivilisation, der Vernunft, des Universalismus und der Aufklärung nur, um sie durch ein romantisch verklärtes Plädoyer für die Rückkehr zu einer undifferenziert verstandenen »Natur« zu ersetzen.

Der Punkt ist, dass man für die Veränderung der Gesellschaft ein objektives Verständnis davon braucht, wie sie funktioniert. Es bringt nichts, zu predigen, wie es sein sollte, wenn man sich nicht darüber im Klaren ist, wie der jetzige Zustand aussieht, wie die inneren Gesetze und Dynamiken der sozialen Totalität funktionieren.

Die Gesellschaft ist eine undurchsichtige und geschichtete Struktur, die die Hoffnungen und die Reichweite der Vernunft bestimmt. Wenn man die Sozialstruktur verändern will, muss man alle moralistischen und primitivistischen Interpretationen der menschlichen Welt aufgeben und einen Weg finden, in die Widersprüche der Gesellschaft einzugreifen.

Wo liegen die Überschneidungen und Unterschiede zwischen dem Kampf für den Sozialismus und für die Befreiung der Tiere?

Die entscheidende Gemeinsamkeit ist, dass die Klassengesellschaft auf der Ausbeutung der Natur und menschlicher Arbeit gründet. Diese beiden Formen der Ausbeutung kann man nicht voneinander trennen. Mit dem Kapitalismus hat sich die Form, aber nicht der Inhalt der Klassenherrschaft geändert. Damit meine ich, dass Arbeiter im Produktionsprozess ausgebeutet werden, und in diesem Produktionsprozess sind sie gleichzeitig am Ausbeutungsprozess der Natur und Tiere zugunsten des Kapitals beteiligt, auch wenn sie nicht über ihn bestimmen. Das Produkt der Naturausbeutung wird zudem nach der Produktion ungleich verteilt. Den größten Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts eignen sich Kapitalisten an. Umgekehrt bedeutet dies, dass man nicht darauf hoffen kann, eine freie Gesellschaft für Tiere aufzubauen, wenn Menschen ausgebeutet werden und nicht frei über ihre Leben bestimmen können. Der Sozialismus

ist also eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Befreiung der Tiere.

Ein Unterschied zeigt sich, wenn Sozialisten glauben, der Ausbeutungsbegriff sei mit Bezug zur Natur nur eine Metapher. In diesem Fall unterstellen sie, dass Menschen bedingungslos über die Natur verfügen könnten, weil die Eingriffe der menschlichen Gesellschaft die Natur nur veränderten, sie aber nicht schädigten. Auf dieser Basis kann man aber verschiedene Qualitäten von Naturaneignung nicht mehr unterscheiden. Auch eine freie, vereinigte Gesellschaft wäre dann, wie Horkheimer monierte, »eine unermessliche Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der Natur«. [Adorno schreibt Horkheimer diese Formulierung in »Vorlesung über Negative Dialektik« zu, Anm.d.Ü.] Solche Ideen gehen darauf zurück, dass eine lange Tradition des Spiritualismus und Anthropozentrismus auch in der Geschichte des Sozialismus ihre Spuren hinterlassen hat. Sie sind der Grund, warum ich denke, dass es eines dialektischen Subjektivitätskonzepts bedarf, wie es Adorno und Horkheimer in ihrer »Dialektik der Aufklärung« herleiten.

Wie haben antispeziesistische und sozialistische Organisationen auf deine Auffassung von Tierbefreiung und Marxismus reagiert?

Als ich im Jahr 2005 meinen ersten Essay zum Thema veröffentlicht habe, bin ich von Tierrechtsaktivisten wüst attackiert worden. Heute bringen sie meiner Theorie mehr Respekt entgegen, aber zum Mainstream ist sie

deswegen nicht geworden. Insgesamt haben sozialistische Gruppen aufgeschlossener reagiert. Einige kleine marxistische Gruppen, die der Vierten Internationalen angehören, haben ebenso Interesse an meiner Arbeit gezeigt wie eher orthodoxere Strömungen in Italien und Deutschland. Ich glaube, am meisten haben aber die Anstrengungen des Bündnis Marxismus und Tierbefreiung[3] zur Verbreitung meiner Ideen beigetragen. In Italien befassen sich einige Tierbefreier gegenwärtig mit meinem Buch »Beyond Nature«[4], aber die Rezeption in der Bewegung ist nicht zufriedenstellend. Viele der eher »radikaleren« Gruppen berufen sich auf anarchistische oder liberale Intersektionalitätstheorien, so dass sie meine Arbeiten eher durch die Brille des Idealismus und methodologischen Individualismus lesen. Dabei ist Speziesismus nicht »eine weitere Unterdrückungsform«, kein »Privileg« einer Spezies.

Was für eine Gesellschaft brauchen wir für die Befreiung der Tiere? Und wie können wir sie aufbauen?

Es ist nicht leicht, die Details einer solchen Gesellschaft zu bestimmen. Wir können aber unzweideutig, wenn auch nur negativ, sagen, was in der gegenwärtigen historischen Phase der kapitalistischen Modernisierung überwunden werden muss. Wir sollten ihre Widersprüche herausarbeiten und die Richtung ihrer Überwindung aufzeigen. Allgemein gesagt muss die widersprüchliche, chaotische und destruktive Ökonomie, die die gegen-

wärtige Periode kapitalistischer Expansion auszeichnet, angesichts der apokalyptischen globalen Krise, die sie bereits hervorgebracht hat, Platz machen für eine solidarische Form des Wirtschaftens. Es liegt auf der Hand, dass

die Selbstbestimmung der Menschheit und damit die Basis für die Befreiung der Tiere nicht ohne eine weniger gewalttätige und zerstörerische Ökonomie, ohne eine »Demokratie der Arbeit« zu haben ist. Wir können nicht die Tiere befreien, wenn wir uns nicht selbst befreien.

Dieses allgemeine Ziel bedingt eine Reihe von weiteren Zielen wie die Demokratisierung der Medien, der Wissenschaft und Kultur. Dabei muss unser Ziel als regulative Idee, als Antrieb unserer Theorie und Praxis wirken. Wir müssen die Bedingungen einer freien Gesellschaft für Menschen und nichtmenschliche Wesen herstellen. Alles, was sozial, ökonomisch, politisch und kulturell die Selbstbestimmung der Spezies behindert, geht in die falsche Richtung. Nur eine freie und gerechte Gesellschaft birgt die Möglichkeit, dass auch anderen Spezies Freiheit und Gerechtigkeit zugestanden wird. Alles andere ist liberales Gerede.

Die Selbstbestimmung der Menschheit und damit die Basis für die Befreiung der Tiere ist nicht ohne eine weniger gewalttätige und zerstörerische Ökonomie, ohne eine »Demokratie der Arbeit« zu haben.

Es gibt verschiedene Tendenzen im antispeziesistischen Kampf in der Türkei. Es gibt hier LGBTI+-feindliche, rassistische, nationalistische,

liberale, anarchistische oder apolitische Positionen. In deinem Buch »Beyond Nature«^[5] kritisierst du solche Ansätze. Was würdest du Veganern in der Türkei im Umgang mit ihnen raten?

Soweit ich die politische Situation in der Türkei verstehe, kann es sein, dass die Wiederherstellung der formalen Demokratie einer breiten politischen Zusammenarbeit bedarf. Allerdings verstehe ich die Ereignisse der letzten Jahre nicht als »Rückschritt« gegenüber der liberalen Demokratie, sondern als Vorwegnahme unserer Zukunft. Die Postdemokratie erwartet uns alle – eine Welt, in der der Schein der bürgerlichen Ideale verflochten ist und die Unterdrückung in einer brutalen prämodernen Form wiederkehrt, nur dass sie die ihr zugrunde

Wenn jemand meint, Tierbefreiung wäre ohne die menschliche Emanzipation zu haben, ist das ebenso falsch wie zu glauben, man könnte den Kapitalismus überwinden, ohne den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auszutragen.

liegende kapitalistische Struktur der Ökonomie aufrechterhält. Wenn ich damit recht habe, ist die einzige mögliche Art und Weise, mit den von euch genannten Tendenzen umzugehen, sie abzulehnen. Wir müssen zwischen den Unterstützern des Kapitalismus und Antikapitalisten

einen klaren Trennungsstrich ziehen. Wir müssen für eine echte Demokratie kämpfen. Wir müssen auch den Boden für eine reale Emanzipation von Autokratie und Ausbeutung bereiten. Taktische Bündnisse sind da-

mit ebenso wenig ausgeschlossen wie instrumentelle Wahlbündnisse. Aber das Ziel muss von Beginn an klar sein. Als Antispeziesisten kämpfen wir für eine Alternative zur bestehenden Gesellschaft.

Darin besteht der erste Schritt: Wenn jemand meint, Tierbefreiung wäre ohne die menschliche Emanzipation zu haben, ist das ebenso falsch wie zu glauben, man könnte den Kapitalismus überwinden, ohne den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auszutragen. Wenn Leute so etwas vertreten, ist ihr Bewusstsein unstrukturiert oder wirr. Gleich, für wie »radikal« sich solche Aktivisten halten, ihr »Radikalismus« ist eine Einbildung.

Wenn man sich zum Beispiel die Gesellschaft als Resultat von »Diskriminierungsformen« vorstellt, kommt es zu eklatanten Absurditäten: Ein Konzern-CEO muss seine Arbeiter nicht »verachten«, um sie auszubeuten. Tieren wird nicht dadurch geholfen, dass wir sie »nicht-menschliche Tiere« nennen oder nicht mehr als »Vieh« [im englischen Original »beasts«, Anm.d.Ü.] bezeichnen. Wenn wir so tun, als ob wir alle schlicht irgendeine privilegierte Position einnehmen (cis vs. trans, männlich vs. weiblich, weiß vs. schwarz, menschlich vs. tierisch usw.), kann man Herrschaft nur noch »graduell« bestimmen. Um eine klare Linie im politischen Kampf zu entwickeln, reicht es aber nicht aus, Gesellschaft ausgehend von Diskriminierungen und dem Kampf dagegen zu interpretieren. Es ist mindestens erforderlich, sich am organisierenden Prinzip der gegenwärtigen Gesellschaft zu orientieren: dem Prozess der Selbstver-

wertung des Kapitals, das in der Produktionssphäre geschaffen und auf dem Markt realisiert wird.

Die wahre Differenz zwischen einem rechten apolitischen und einem linken Antispeziesismus bestimmt sich durch die taktischen und strategischen Ziele des Kampfes. Das heißt, wir müssen klären, für welche Gesellschaft wir in unserer politischen Praxis eintreten. Und nur wenn wir das Problem mit Blick auf die Produktion formulieren, kommt das Gesellschaftssystem in seiner Grundstruktur zum Vorschein, durch die wir unabhängig von unserem Gewissen oder individuellen Willen »vergesellschaftet« werden. Demgegenüber ist der Fokus auf Konsum und Lebensstile, auf die Produkte, die unseren »Status« bestimmen, viel zu eng. Wenn wir über eine solidarische Gesellschaft nachdenken, müssen wir uns fragen, welche Produktionsweise ihre Basis bilden soll.

Welche Fortschritte konnten bisher im Tierbefreiungskampf in Italien gemacht werden? Haben sozialistische Ideen dazu etwas beitragen können?

Die Bewegung ist in Italien stark gespalten und in sich widersprüchlich. Es gibt eine alte Garde von Aktivisten, die viele Entwicklungsschritte gemeinsam gegangen sind und langsam ein mehr oder weniger politisches Bewusstsein ausgebildet haben. Die Trennung zwischen autonomen Grassroots-Gruppen und Tierschützern scheint mittlerweile hinfällig zu sein. Gleichzeitig hat es dank der sozialen Medien eine neue Welle von Influ-

encern und Gruppen gegeben, die »Meinungen machen«. Sie definieren gerade neu, was Aktivismus bedeutet. Die Gemengelage ist insgesamt unübersichtlich. Auf der einen Seite hat der »politische« gegenüber dem rein an der Moral und am Konsum orientierten Ansatz Fuß gefasst und teils die Slogans und Taktiken unseres Kampfes verändert. Auf der anderen Seite sind viele alte Laster immer noch da und der Grad an Organisation ist weiterhin gering. Der Rückzug der Linken im Land hat sicherlich auch nicht geholfen, weil es keine ernstzunehmende Unterstützung für die Befreiungsbewegungen auf der Welt gibt. Wir müssen also mit dem arbeiten, was da ist. Wirklich neu ist nur, dass einige, wenn auch kleine Teile der marxistischen Linken begonnen haben, Interesse an der Tierfrage zu zeigen. Wenn es in Zukunft Veränderungen geben sollte, werden sie von dort kommen oder zumindest von dort die notwendige Unterstützung erhalten, um eine Neuorientierung vorzunehmen.

Wie lassen sich Tierbefreiung und Klassenkampf konkret miteinander verbinden?

Anfangs hatte auch ich die Illusion, dass eine einheitliche Bewegung aufgebaut werden könnte, die beide Kämpfe auf dem Boden einer einheitlichen Theorie der Herrschaft ausfechten könnte. Während ich in meinem Buch einer solchen Theorie das Wort rede, glaube ich nicht, dass es so in der politischen Praxis funktioniert. Der Kampf für die Befreiung der Tiere und der Klassenkampf sind verschieden und können auch nicht mit-

einander vermengt werden. Es stimmt natürlich, dass letzterer die Bedingung für Tierbefreiung ist. Durch den Kampf für die Befreiung der Tiere wird wiederum der Klassenkampf kohärenter und das Subjekt in einem materialistischen Sinne umfassender. Aber das ändert nichts daran, dass beide Kämpfe nicht ineinander aufgehen. Ich stelle es mir eher so vor, dass beide Bewegungen aus ihrer eigenen Perspektive heraus die Notwendigkeit für die Öffnung zur jeweils anderen und in der anderen eine Vervollständigung ihres Kampfes erkennen. Der Kampf für die Befreiung der Tiere muss vervollständigt werden, weil die Befreiung der Tiere ohne den Klassenkampf nicht möglich ist. Der Klassenkampf bietet andersherum nur die Möglichkeit der Vervollständigung. Er schließt aber nicht notwendig den Kampf für die Befreiung der Tiere ein. Antispeziesisten müssen daher einerseits versu-

Der Kampf für die Befreiung der Tiere muss vervollständigt werden, weil die Befreiung der Tiere ohne den Klassenkampf nicht möglich ist. Der Klassenkampf bietet andersherum nur die Möglichkeit der Vervollständigung. Er schließt aber nicht notwendig den Kampf für die Befreiung der Tiere ein.

chen zu zeigen, inwiefern Tierbefreiung Teil des Sozialismus ist. Andererseits sollten politisierte Veganer darauf hinarbeiten, in Tierrechts- und Tierbefreiungsgruppen das notwendige Handwerkszeug für eine richtige Gesellschaftsanalyse bereitzustellen. Nur in parallelen und relativ unabhängigen Entwicklungen können die

beiden Bewegungen dahin gelangen, sich wirklich und ohne Konfusionen zu vereinen.

Welche Bedeutung und welchen Stellenwert hat der Kampf für den Veganismus im Pantheon der Kämpfe für demokratische Rechte?

Ich glaube, dass Veganer mindestens in zweierlei Hinsicht eine Rolle im Demokratisierungsprozess spielen können. Zunächst einmal bedarf es einer Kultur des Mitgefühls und der Solidarität für alle. Alles, was dazu beiträgt, dass Einzelne sich für eine gewaltfreie Lebensweise entscheiden können, betrachte ich als positiv, auch Entwicklungen von Technik und Märkten. Gleichwohl setzt der Kapitalismus diesen Prozessen Grenzen. Sie können nicht über ihn hinausgehen. Wenn Veganismus also nur als Konsum verstanden wird, ist nur eine Ausdehnung der formalen, aber keine reale Demokratie möglich. Veganer sind zweitens Repräsentanten eines verwehrteten Anrechts auf eine politische Entscheidung. Dass dieses Anrecht in unserer Gesellschaft eingeschränkt oder ganz negiert wird, ist nicht in erster Instanz eine »Diskriminierung« von Veganern, sondern vielmehr eine Form, den unterdrückten Tieren, die durch den Veganismus in Erinnerung gerufen werden, die Demokratie zu verweigern. Das wichtigste, das Veganer also tun können, ist, eine echte Demokratie durchzusetzen, in der auch jene, die in der bürgerlichen strukturell ausgeschlossen werden, berücksichtigt werden, das heißt also auch die nicht-menschlichen Tiere. Veganer bringen durch ihre Ent-

Vegan lebende Menschen müssen sich für eine Transformation der Gesellschaft und daher der Produktion und der Produktionsverhältnisse einsetzen. Wir kämpfen für eine Organisation der Produktion, in der die Subjektivität von Beginn an berücksichtigt wird.

scheidungen die Notwendigkeit zum Ausdruck, die unterdrückte Subjektivität im Objekt des Konsums anzuerkennen. Es versteht sich von selbst, dass es dazu nicht ausreicht, als »Veganer«, also als Konsument, zu handeln. Vegan lebende Menschen müssen sich vielmehr für eine Transformation der

Gesellschaft und daher der Produktion und der Produktionsverhältnisse einsetzen. Wir kämpfen für eine Organisation der Produktion, in der die Subjektivität von Beginn an berücksichtigt wird. Antispeziesismus ist die politische Theorie, mit der die Subjektivität über die Grenze der Spezies hinausgetrieben wird und deren Ziel eine Gesellschaft ist, die auf der Solidarität mit und Respekt für alle »Anderen« gründet.

Übersetzung und Bearbeitung: Raul Lucarelli

Matthias Rudes kurze Geschichte der Grünen ist ein Lehrstück über die Integration in imperialistische Politik.

DIE GRÜNEN
Von der Protestpartei
zum Kriegaakteur

Matthias Rude





mutb.org



marxismusundtierbefreiung



mutb_org



bundnismutb



Bündnis Marxismus und Tierbefreiung



Bündnis Marxismus und Tierbefreiung